

Voller Tapezierer u. Portefeuller-Zeitung

Organ

des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuller-Verbandes

Erscheint alle acht Tage
Abonnements bei allen Postämtern.
Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdernstraße 10 b III
Zentrale: Ami Northplatz Nr. 2120
Dantonto: Band der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin, Wallstraße 6.
Postfachkonto der Zeitschrift: Berlin 3397.

Unser Redakteur Gustav Becker

konnte am 1. Oktober auf eine fünfundsiebenzigjährige Dienstzeit zurückblicken. Der Beginn der Tätigkeit Beckers für die Gewerkschaft liegt viel weiter, bis in die Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Bereits im Jahre 1889 beteiligte er sich lebhaft an der in diesem Jahre erfolgten Gründung des Allgemeinen Deutschen Tapezierervereins. Als im Frühjahr 1895 eine Tapeziererkonferenz in Braunschweig beschloß, ein Korrespondenzblatt herauszugeben, wurde Gustav Becker mit der Redigierung beauftragt. Bei der im Jahre 1897 erfolgten Gründung des Verbandes der Tapezierer und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands wurde Becker wiederum zum Redakteur gewählt. Allerdings mußte dieser Posten im Ehrenamt ausgeführt werden. Erst im Jahr 1900 beschloß der Verbandstag in Nürnberg die Anstellung Gustav Beckers zum Geschäftsführer, Redakteur, Kassierer usw. in einer Person. Man kann sich heute bei der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung kaum noch hinstellen, mit welcher Insumme von Mühe und Arbeit ein derartiger Sammelposten verbunden war. Bei der im Jahre 1920 erfolgten Vereinigung des Tapeziererverbandes mit dem Sattler- und Portefeullerverband wurde Gustav Becker die Redaktion des Verbandsorgans übertragen, die er noch heute führt.

Wierzig Jahre Gewerkschaftsarbeit!
Dreißig Jahre Gewerkschaftsredaktion!
Fünfundzwanzig Jahre Gewerkschaftsangehörigkeit!

Ein langes Leben voll Mühe und Arbeit im Dienste der Arbeiterbewegung im allgemeinen und unserer Organisation im besonderen.

Möge unser alter und doch noch so rüstiger Kollege Gustav Becker uns noch recht lange in voller geistiger und körperlicher Frische erhalten bleiben.

Das Reichsarbeitsministerium in bengalischer Beleuchtung.

Die „Gewerkschafts-Zeitung“ bringt in ihrer Nr. 30 vom 26. September ein Schreiben zur Kenntnis der Öffentlichkeit, welches von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeber verfaßt wurde. Es ist unterzeichnet von Dr. Meißinger. Dieser berichtet darin von einer vertraulichen Besprechung mit Herrn Ministerialdirektor Dr. Sighler und Ministerialrat Dr. Mewes; dies war am 10. August 1925. Man sprach über die Lage im Baugewerbe und die bevorstehenden Verhandlungen zur Beilegung des Streiks. Die Regierungsvertreter erklärten sich auf Etzichen Dr. Meißingers bereit, dahin zu wirken, daß an den derzeitigen Bauarbeiter-Löhnen festgehalten und die Arbeit zu den alten Bedingungen aufgenommen wird, vorbehaltlich der Durchführung des Schiedsverfahrens.

Weiter hat Dr. Meißinger den Herren die Zugabe abgerungen, daß das Reichsarbeitsministerium beschlossen sei, von dem Mittel der Verbindlichkeitsklärung so gut wie keinen Gebrauch mehr zu machen. Herr Dr. Sighler habe auch von einer Beilegung der Schlichter, die kürzlich in Kassel stattfand, berichtet, wo er sich im Sinne der Wünsche Dr. Meißingers gegenüber den Schlichtern geäußert habe. Diese Schlichter hätten bisher die Wirtschaftslage viel zu rosig angesehen, das Resultat der Beilegung werde aber keine Auswirkung auf die Schlichtungsausschüsse nicht verfehlen. Darunter ist zu verstehen, daß die Schlichtungsausschüsse künftig bei allen ihren Entscheidungen keine Vorkerkennungen ausstellen würden. Natürlich soll das nicht in einer Form gemacht werden, die dazu führt, daß die Gewerkschaften das Vertrauen zum Reichsarbeitsministerium verlieren. D. ucin, auch Herr Dr. Meißinger ist dafür, daß der Schein gewahrt wird und daß sich das Arbeitsministerium nur angelegen sein läßt, die Interessen der Unternehmer nicht zu verletzen.

In der Arbeitszeitfrage werde keine Verordnung mehr nach § 7 erlassen, auch die Verabschiedung eines neuen Arbeitszeitgesetzes werde das Reichsarbeitsministerium möglichst hinauszögern, weil der jetzige Stand der Arbeitszeit der Wirtschaftslage auf lange Frist angemessen sei.

Man kann sich vorstellen, wie die Veröffentlichung dieses Schreibens des Dr. Meißinger in den interessierten Kreisen eingeschlagen hat. Dr. Sighler ist der einflussreichste Mann im Arbeitsministerium. Selbst wenn man annimmt, daß er dem Dr. Meißinger ein bißchen stark nach dem Mund geredet hat (was ja bei solchen Besprechungen immer mehr oder weniger der Fall zu sein pflegt, denn man will doch Entgegenkommen zeigen), so ist es doch immerhin starker Tabak, was der Dr. Meißinger da alles als Resultat seiner Bemühungen berichtet.

Daß dieses Aus-der-Schule-Schwächen dem Ministerium äußerst unangenehm sein muß, ist erklärlich. Es bemüht sich denn auch, die Wirkung des Meißingerischen Berichts durch eine Erklärung abzumildern, nachdem der „Vorwärts“ in der Abendausgabe vom Freitag, den 25. September, unter der Überschrift „Das Reichsarbeitsministerium im Dienste der Unternehmer“ die Veröffentlichung der „Gewerkschafts-Zeitung“ besprochen hatte. Das Reichsarbeitsministerium hat durch das Weisfische Telegraphenbureau folgendes verbreiten lassen:

„Es handelt sich hier um eine der vielen Besprechungen, die fortwährend im Reichsarbeitsministerium teils mit Arbeitnehmern, teils mit Arbeitgeber in sozialpolitischen Fragen stattfinden, ohne daß darüber besondere amtliche Aufzeichnungen angefertigt werden. Dagegen hat anscheinend Dr. Meißinger später einen einseitigen Aktenvermerk verfaßt, der in wesentlichen Punkten auf Mißverständnissen beruht und objektiv falsch ist. Der Gesamteindruck, der so entsteht, widerspricht durchaus dem Standpunkt des Ministers und selbstverständlich auch der in Frage kommenden Ministerialabteilung. Die Stellungnahme des Ministeriums bei der Betrachtung der Lohn- und Wirtschaftslage ist stets eine selbständige gewesen, und auch in den letzten Monaten hat keineswegs eine „restlose Übereinstimmung mit der Arbeitgeberseite“ bestanden. Der Minister hat das Ansehen der Unternehmerseite, sich einseitig zu ihrer Auffassung in der Lohnfrage zu betennen, stets abgewiesen.“

Richtig, aber keineswegs neu ist, daß das Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärungen von Schiedsprüchen in letzter Zeit eingeschränkt hat, nicht zuletzt, um Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder mehr zur Selbstverantwortung zu bringen. An eine Beilegung der Verbindlichkeitsklärung denkt im Reichsarbeitsministerium niemand. Daß das Reichsarbeitsministerium die Verabschiedung eines neuen Arbeitszeitgesetzes mit allen Mitteln in die Länge zieht, trifft nicht zu. Im Gegenteil hat das Ministerium den umfassenden Gesetzentwurf bereits soweit gefördert, daß es gerade deshalb von weiteren Einzelregelungen auf Grund des § 7 der geltenden vorläufigen Arbeitszeitverordnung absehen zu können glaubte. Aus der Einbeziehung von weiteren Schutzbestimmungen für Frauen, Jungenliche und Kinder, über Sonntagserbude und dergleichen folgt nur die Grundsätzlichkeit, mit der dieser äußerst wichtige Gesetzentwurf behandelt worden ist. Das neue Gesetz soll und muß die vielbelagte Zerplitterung des Arbeiterrechtes, der sich jetzt auf alle möglichen Gesetze und Verordnungen verteilt, beseitigen.“

Diese Erklärung kann den Eindruck des Meißingerischen Berichts nicht verwischen. Man hat in letzter Zeit ja genügend Gelegenheit gehabt, die Praxis kennenzulernen, die von den maßgebenden Stellen beobachtet wurde. Und prüft man den Inhalt der Erklärung strenger, so wird doch im wesentlichen zugegeben, daß die Tendenzen, die Dr. Meißinger so siegesfreudig aufzeigt, tatsächlich praktisch geübt werden.

Jedenfalls ist auch aus all diesen Erklärungen nicht ersichtlich, wann es soweit ist, daß dieses berichtigte Arbeitszeitgesetz endlich in greifbare Nähe gerückt wird und ob seine Verabschiedung nicht dennoch mächtig hinausgeschoben wird.

Zu dieser Affäre erfolgt jetzt von allen Seiten Erklärung auf Erklärung. Man bemüht sich jedoch vergebens, die Tatsachen hinnezzuleugnen. Es sind eben Tatsachen, daß die Beamten und Angestellten der Ministerien diesbezügliche Politik auf eigene Faust treiben. Könnten sie das denn riskieren, wenn sie nicht von vornherein wüßten, daß man dies nicht nur an maßgebender Stelle duldet, sondern womöglich nicht einmal so ungern sieht?

Diese Vorgänge (siehe auch den Artikel „Reichsregierung und Industrie“) müssen doch jedes Vertrauen zur Regierung und ihren Organen im Volke untergraben. Daß wir von den Führern der Unternehmervereinigungen nichts Gutes zu erwarten haben, ist uns schon immer klar bewußt gewesen. Um so mehr muß aber verlangt werden, daß die Regierung und ihre Organe sich nicht als Hausangestellte der Unternehmer betätigen. Sie müssen für das gesamte Volk da sein.

Am 1. Oktober fand beim Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eine Besprechung statt, an welcher Vertreter aller Gewerkschaften teilnahmen. Gegenstand war der Bericht des Dr. Meißinger über seine Unterredung mit Dr. Sighler. Als Resultat wird bekanntgemacht: die Meißingerische Darstellung sei in den wichtigsten Einzelheiten unrichtig (also falsch) und als Gesamtbild von der Haltung des Reichsarbeitsministeriums unzutreffend. Der Minister hat dann den tatsächlichen Standpunkt des Ministeriums zu all den Fragen dargelegt und wird dies auch noch schriftlich in ausführlicher Weise den Gewerkschaften zukommen lassen.

Diese Beruhigungsversuche können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß sich Dr. Meißinger seinen Bericht unmöglich aus den Fingern gezogen haben kann. Der Mann muß doch wohl fähig sein, eine Unterredung ihrem Inhalt nach wiederzugeben. Hat Dr. Meißinger aber nur gewissenhaft fabuliert und aufgeschritten, dann müßte der Mann doch gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Man wird es uns kaum verdenken, wenn wir die Dementis durch das Arbeitsministerium sehr ungläublich finden.

Reichsregierung und Industrie.

Die Preisentlungsaktion ist von der Reichsregierung mit einem Anlauf gegen die Auswüchse der Kartellwirtschaft eingeleitet worden. Sie hat gegen sechs Legitimitäten den Klagenweg beschritten. Gegenstand der Klage war die sogenannte Valutaklausel. Darunter versteht man den Vorbehalt, den Preis für eine übernommene Arbeit oder für eine zu liefernde Ware nicht vorher zu nennen, sondern darauf zu bestehen, den Preis erst dann bestimmen zu können, wenn die Arbeit fertig ist oder die Ware geliefert wird.

Diese Vorbehalte stammen aus der Inflationszeit, haben jedoch heute, wo wir stabile Währung haben, keine Berechtigung. Den Kartellen wird nun zur Last gelegt, daß sie ihre Mitglieder verpflichten, sich an diese Valutaklausel zu binden.

Bevor es vor dem Kartellgericht zur Entscheidung kam, wurden die Industriellen beim Reichsanwalt vorstellig und erhoben schärfsten Einspruch und stießen sogar Drohungen aus.

Das spielte sich natürlich alles sehr intern ab und ist nur dadurch an die Öffentlichkeit gedrungen, daß der Reichsverband über diese Verhandlungen in der Reichsanwalt einen Bericht veröffentlicht hat. In diesem Bericht war die Ansicht ausgesprochen: „Das Reichsarbeitsministerium werde wohl nach dieser Rücksprache weitere Schritte in dieser Angelegenheit nur noch in Verbindung mit den maßgebenden Stellen der Industrie tun.“ Deutlicher ausgedrückt bedeutet dies: die Reichsregierung ist lediglich Beauftragter

der Industriellen und hat auszuführen, was von ihnen angeordnet wird.

Das „Berliner Tageblatt“ vom 30. September, dem wir diese Nachrichten entnehmen, weiß weiter zu melden, daß der Reichstanzler entschlossen gegen die Diktatur der Industriellen eingeschritten sei. Gegen einige Kartelle sei bereits eingeschritten, welche über Händler oder Genossenschaften die Sperre verhängten, weil sich diese nicht an die hohen Preisbindungen gehalten haben. Auch gegen Zwangsbindungen sei man vorgegangen, weil sie Mitglieder bestrafen wollten, die sich nicht an die aufgestellten Richtpreise hielten.

Bis jetzt sind schon über fünfshundert Anträge auf Entscheidung über die Zulässigkeit der Kündigung eines Kartellvertrages auf Grund des Artikels 8 der Kartellverordnung beim Kartellgericht anhängig gemacht worden. Diese Anträge kommen aus fast allen Industriezweigen, und es muß sich bald erweitern, die die Reichsregierung wirklich entschlossen gegen die Ausbeutungswirtschaft der Kartelle vorgeht.

Es ist außerordentlich beachtenswert, daß derselbe Vorgang sich auch beim Reichsarbeitsministerium zugetragen hat. Auch hier ist das Auftreten der Vertreter der Industriellen daselbst gewesen, was man wohl am besten mit den Worten bezeichnen kann: die Regierung hat auszuführen, was die Industriellen anzuordnen befahlen.

Das Tollste an diesen Vorgängen ist aber, daß unmittelbar nachdem die Öffentlichkeit davon Kenntnis erhielt, alles als unrichtig und irreführend, als Erfindung hingestellt wird.

Das dürfte indes wenig fruchten, denn solche Demenitis können niemand den Glauben beibringen, daß die Raffgier der Kartellmänner plötzlich verschwunden sei.

Das deutsche Volk ist allerdings in einem recht großen Umfange daran gewöhnt ausgeplündert und ausgezehrt zu werden; es muß sich daher auch über diese Entküllungen nicht besonders aufregen. Es trägt mit der bekannnten Schicksalgebild der Vöden ruhig weiter, den man ihm aufgeladen hat und ist gern bereit, sich noch weitere aufhalsen zu lassen. Nun ja, wenn die Dummheit nicht ausstirbt, so erbt sie sich eben fort von Geschlecht zu Geschlecht.

Die Arbeiterklasse kann dem indes nicht ruhig und untätig zusehen. Sie muß alle Kräfte einsetzen und die Spießbürger aus dem Schlaf aufrütteln, in dem sie gedankenlos hindämmern. Wir müssen die Werbetrömmeln daher unabhängig rühren, unsere Lebensgenossen aufklären und der Organisation zuführen.

Dritter Kongress der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederarbeiter

am 25., 26. und 27. September in Paris.

Der ordentliche Kongress der I. V. S. u. L. war von 14 Bändern mit 50 Delegierten besetzt worden, darunter auch Polen, Italien und Rumänien. Leider war Amerika nicht vertreten, und es besetzt keine Klarheit darüber, ob die amerikanische Schuhmacherorganisation ihren im vorigen Jahre getätigten Anschluß ausrecht erhalten will, weil irgendeine Antwort auf die Einladung nicht vorlag. Als Gast war Jouhaug, Paris erschienen, der den Internationalen Gewerkschaftsbund Amsterdam vertrat. Den Geschäftsbereich erstellte der internationale Sekretär Genosse Simon. Im Mittelpunkt standen die Differenzen mit der Tschechoslowakei und der Schweiz. Es würde zu weit führen, näher darauf einzugehen. Abgesehen von dem Bestehen christlicher Gewerkschaften, getrennt nach Deutschen und Tschechen, existieren auch je zwei Organisationen sozialdemokratischer und kommunistischer Richtung, so daß es einer großen Kenntnis bedarf, um die Dinge auseinander zu halten. So war es denn gekommen, daß die Organisationen, welche auf Amsterdamer Boden standen, der Internationale nicht angeschlossen waren und die Kommunisten beiden Internationalen angehörten. Durch Beschluß des Zentralkomitees waren die Verbände aufgefordert worden, ihr Verhältnis zu Moskau zu klären. Dieses wurde abgelehnt. Demzufolge mußte der Kongress sich entscheiden und wurde folgende Resolution angenommen:

„Der internationale Kongress der Schuh- und Lederindustriearbeiter erklärt:

In Erwägung, daß die Frage der gewerkschaftlichen Einheit der Arbeiter eine Lebensfrage für die Arbeiterbewegung darstellt, begrüßt der Kongress alle Bemühungen, die geeignet sind, die Einheit in den Gewerkschaften herbeizuführen.

Diese Gewerkschaftseinheit kann aber nur dann hergestellt und die Gewerkschaften zur höchsten Kraftentfaltung gebracht werden, wenn sie als freie von jeder politischen Partei unabhängige Organisationen sich betätigen können.

Der Kongress erklärt in dem Bestreben der kommunistischen Partei, die Gewerkschaften sich unterzuordnen und dieses Ziel durch Zellenbildung

zu erreichen, eine große Gefahr für den Bestand der Gewerkschaften und erklärt, daß gerade hierdurch die Gewerkschaftseinheit auf das Empfindlichste gefährdet wurde.

Indem der Kongress feststellt, daß die Spaltung der Gewerkschaften erst durch die Gründung der Moskauer Gewerkschaftsinternationale und durch deren verfeindliche Kampfesweise gegen die Amsterdamer Internationale herbeigeführt und dadurch der gesamten Gewerkschaftsinternationale schwerster Schaden zugefügt wurde, bekennt sich der Kongress zu den Prinzipien der Amsterdamer Internationale und erklärt, daß es sowohl mit der gewerkschaftlichen Einheit, wie auch mit den Beschlüssen dieses Kongresses unvereinbar ist, wenn eine Organisation zwei Internationalen angehört.“

Ferner nahm der Kongress eine Resolution gegen die Verfolgung der Gewerkschaften in Polen, Rumänien, Bulgarien und Italien an.

Aus dem Kasanbericht ist zu entnehmen, daß der Kasanbericht der Internationale am 1. Juli d. J. 16 003 Mk. betrug.

Zu der Statutenberatung wurde von Norwegen ein Antrag begründet auf Einführung einer internationalen Regelung der Streikunterstützung. Dieser Antrag fand teilweise Unterstützung, jedoch schieben der praktischen Durchführung einer solchen Regelung ungeheure Schwierigkeiten entgegen. Beschlossen wurde, den internationalen Sekretär zu beauftragen, diese Materie zu studieren und sie später wieder auf die Tagesordnung zu legen.

Zur Arbeitszeitfrage wurde nach einem kurzen Referat Roug Paris folgende Entschließung angenommen:

„Der internationale Kongress der Schuh- und Lederindustriearbeiter betont nachdrücklich, daß der Achtstundentag für den kulturellen und sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse, für die Ausbildung der körperlichen Kräfte und der geistigen Fähigkeiten die Voraussetzung ist. Daß die Verringerung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich volkswirtschaftlich und produktionsseitig einen Fortschritt bedeutet, kann nicht mehr in Abrede gestellt werden.“

Die international geführten Angriffe des Unternehmertums fast aller Länder gegen die Errungenschaft des Achtstundentages sind fadenförmiger Natur, diktieren von Profitinteressen und Unterdrückungsabsichten seitens des Unternehmertums. Die Latenz des reaktionären Unternehmertums geht dahin, den Achtstundentag in dem einen Lande zu beschränken, um ihn dann mit dem Argument der Konkurrenz in einem anderen zunichte zu machen.

Dieses durchsichtige Spiel der Feinde des Achtstundentages wird nicht aufhören, bis der Achtstundentag unumstößlich zum internationalen Gesetz geworden ist. Die Erringung und Aufrechterhaltung des Achtstundentages ist eine internationale Angelegenheit der Arbeiterschaft von größter Bedeutung.

Das nächstliegende dringende Ziel, das von der Arbeiterschaft in jedem Lande mit Nachdruck zu verfolgen ist, ist die Ratifizierung der Washingtoner Konvention. Sie bildet den ersten Schritt und eine gegenseitige Garantie, die achtstündige Arbeitszeit international aufrechtzuerhalten.

Der internationale Kongress der Schuh- und Lederindustriearbeiter ist sich aber auch weiterhin bewußt, daß der Kampf um die Befestigung des Achtstundentages und um eine weitere vernunftgemäße Verkürzung der Arbeitszeit mit Nachdruck auch auf gewerkschaftlichem Boden ausgetragen werden muß. Indem der Kongress den auf der vorigen Tagung in Dresden gefassten Beschluß betreffend die 48-Stunden-Woche in Erinnerung bringt, fordert er die angeschlossenen Organisationen auf, in jedem Lande die Angriffe der Unternehmer auf den Achtstundentag mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zurückzuweisen und darüber hinaus alle Anstrengungen zu machen, um die 44-Stunden-Woche durchzuführen.

Aus der Debatte zu diesem Punkte ist noch hervorzuheben, daß man sich allgemein gegen die lange Arbeitszeit in der Tschechoslowakei wandte; eine nicht zu leugnende Folge der völligen Zerrissenheit der dortigen Organisationen. Insbesondere hat die Schuhindustrie der verschiedensten Länder unter diesen Umständen zu leiden. Ein Eingreifen des internationalen Sekretariats wurde in Aussicht gestellt.

Dann folgte ein sehr befallig aufgenommenes Referat des Genossen Mahler-Berlin über die Zoll- und Handelsvertragspolitik. In der Debatte konnte Kollege Blum darauf hinweisen, daß kurzzeitig in England Bestrebungen im Gange sind, die Folgen der enormen Arbeitslosigkeit zu mildern, und daß man sich insbesondere bemüht, den Auslandsmarkt abzusperren mit dem Hinweis der niedrigen Löhne in Tschechoslowakei und Deutschland. Daher sei es zu bedauern, daß wir keine Fühlung mit den englischen Sattlern und Portefeuillern haben, noch

von der Existenz leistungsfähiger Organisationen etwas wissen. Der Kongress nahm folgende Resolution an:

Der internationale Kongress der Schuh- und Lederindustriearbeiter erklärt:

Die Einführung von Schutzzöllen auf agrarische und industrielle Produkte bedeutet eine große Belastung und Verschlechterung der Lebenshaltung der großen Masse des Volkes. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Schutzzölle die Lebenshaltung der Volksmassen verteuern, ohne ihnen durch ein erhöhtes Einkommen einen Ausgleich zu gewähren. Trotz hoher Agrarzölle werden die Landarbeiter mit sehr niedrigen Löhnen abgepeist. Die Absperrung der Länder durch hohe Schutzzölle ist ungeeignet, die rationelle und billige Warenherstellung zu verhindern. Die Verbesserung der Arbeitsmethoden ist aber die wichtigste Voraussetzung für die Erhöhung und Vertiefung der Produktion und damit der Erhöhung der Lebenshaltung der großen Volksmassen. Schutzzölle sind ein stumpfes Mittel zur Förderung der Produktion, das auf die Dauer keinen Erfolg hat. Der Krisenzustand der Industrie in Europa ist zu einem wesentlichen Teile auf die Schutzpolitik großer Industrieländer zurückzuführen. Diese Schutzpolitik ist das größte Hindernis für den freien Güterverkehr der Welt. Die Welt leidet nicht an einer Ueberproduktion, sondern an einer Unterproduktion. Die Schutzzölle schaffen den geschützten Produktionszweigen eine Monopolstellung im Lande, die sie zur Ausbeutung der breiten Volksmassen ausnützt. Diese monopolisierten Produktionszweige sind die schärfsten Gegner der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung überhaupt. Der Kongress fordert deshalb alle angeschlossenen Organisationen auf, in ihren Heimatländern mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Neueinführung oder Erhöhung bestehender Schutzzölle auf agrarische und industrielle Produkte anzukämpfen. Dagegen müssen sie für den freien Personenerwerb und den freien Güterverkehr zwischen allen Ländern der Welt, auch den Kolonien, eintreten. Bis zur Erreichung dieses Zieles müssen sie für den Abschluß möglichst günstiger Handelsverträge ihre ganze Kraft einsetzen.

Dieser Resolution wurde noch ein Nachtrag angefügt, in dem gefordert wird, daß die Arbeiterorganisationen an der Wirtschaftskonferenz in Genf, welche an den Beratungen bei den Handelsverträgen beteiligt werden sollen.

Der internationale Sekretär Genosse Simon hielt ein sehr eingehendes Referat über die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Arbeiterschaft in den verschiedenen Ländern. Wir werden dieses Referat im Wortlaut in der nächsten Nummer unserer Zeitung veröffentlichen. Die Zahlen brachten keine Neuerungen, nur trat an die Stelle des Kollegen Westely-Prag der Kollege Hellintg-Brüssel.

In einem kräftigen Schlusswort sagte Simon die Arbeiten des Kongresses kurz zusammen mit dem Wunsch der Geschlossenheit und Einheit der gesamten Kollegenschaft aller Länder.

Verhandlung über den Reichsmanteltarif für die Ledertreibriemen-Industrie.

Am 29. September fand in Berlin die Tarifverhandlung zur Erneuerung des Vertrages statt. Die wichtigsten Bezirke waren durch je einen, die Orte Berlin und Hamburg durch je zwei Kollegen an den Tarifverhandlungen sowie Tarifverhandlungen vertreten. Von den Arbeitgeberern waren die Herren Lahn, Elze und Schwabe sowie die Syndik Dr. Martens und Mühlzig-Hamburg zugegen. Bekanntlich hatten die Arbeitgeber den Reichstagspräsidenten und gleichfalls Änderungsanträge gestellt. Der erste Antrag wollte, daß an Orten, wo es nicht möglich ist die Befitzer zum Lohnschiebsgericht oder der Treibriemenindustrie zu nehmen, es gestattet ist, daß diese von der ortsansässigen Industrie gestellt werden. Ein anderer Antrag bezog sich auf die Vorratlosigkeit wegen der Herausnahme von Firmen, die überwiegend Personen beschäftigen, die nicht zur Treibriemenindustrie gehören. Es sollte durch den Jahresantrag eine Erweiterung in dem Sinne erfolgen, daß, wenn das Tarifamt die Herausnahme entscheidet, der zuständige Schlichtungsausschuss entscheiden soll, unter welchen Tarif die betreffenden in der Winterzeit im Betrieb vorhandenen Treibriemen fallen. Der wichtigste Antrag der Arbeitgeber war jedoch der bezüglich der Ferien, der verlangte, daß erst nachdem man ein Jahr im Betriebe ist, der Anspruch auf Ferien erhoben werden kann. In der Praxis hätten die Kollegen, die nicht das Glück haben, ein Jahr im unterbrochen im Betriebe zu sein, niemals Ferien erhalten. Für uns natürlich Grund genug, daß wir uns gegen diese beabsichtigten Verschlechterungen,

namentlich gegen weitere Einschränkungen der Ferien energisch zur Wehr setzen.

Inferseits waren mehrere Anträge von Berlin, Hamburg, Magdeburg, Leipzig und Reutlingen eingegangen. Die wichtigsten Anträge verlangten die Abregelung der Ueberarbeitszeit, die Erhöhung der Ueberstundenzuschläge, an Stelle der örtlichen die betriebliche Lohnregelung, Einführung eines Lohnschlüssels nach dem Muster vom 5. Oktober 1923 des damaligen Reichsarbeitsrates. Des weiteren wurden mehrere Anträge auf Erhöhung der Urlaubstage genehmigt; sowie Anträge, die eine Verbesserung der technischen Betriebsbedingungen erstrebten, Stellung von Schutzkleidung und dergleichen.

In der Verhandlung begründete Dr. Mertens zunächst die von Arbeitgeberseite gestellten Anträge; worauf auch unsererseits vom Kollegen Gerhardt die allgemeine Begründung unserer Anträge erfolgte. Da der darauf erfolgten Diskussion und Stellungnahme zu den einzelnen Anträgen fand eine lebhafteste Auseinandersetzung über die einzelnen Anträge statt, an der sich alle anwesenden Kollegen beteiligten. Nachdem man bei gründlicher Diskussion zu den eingegangenen Anträgen Stellung genommen hatte, wurden zwar einzelne Positionen reaktionell in eine verständlichere Fassung gebracht, jedoch irgendwelche Verbesserungen sozialer Natur waren nicht zu verzeichnen und die wichtigsten Punkte hatten noch der Lösung.

Da eine Einigung im Plenum ausgeschlossen erschien, wurde das Tarifamt beauftragt, zu den nicht zu überbrückenden Differenzen Stellung zu nehmen. Das Tarifamt setzte sich zusammen aus den Herren Cahen-Kölln, Elze-Berlin, Schwabe-Basel von der Arbeitgeberseite; von unseren Kollegen Gsch-Brankfurt a. M., Müller-Berlin und Töler-Hamburg unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Tolk. Nach längerer Beratung erwies sich auch im Tarifamt die Unmöglichkeit, daß einerseits die von Arbeitgeberseite beantragten Verschlechterungsanträge, noch die von uns gestellten Verbesserungsanträge Aussicht auf Erfolg hätten. Wehrten sich die Arbeitgeber entschieden, jetzt in der Zeit, wo nach ihrer Debitur das Geschäft sehr schlecht gehe, gegen den weiteren Ausbau des Reichsarbeitsrates, so haben wir uns ganz energisch gegen die Verschlechterungsabsichten, die die Arbeitgeber beabsichtigten, verwahrt.

Das Tarifamt konnte in dieser Situation nur den einzigen gangbaren Weg gehen, indem es den Parteien durch einstimmigen Beschluß empfahl, den bisherigen Reichsmanteltarifvertrag auf ein Jahr zu verlängern. Die Zustimmung beider Parteien, der Arbeitgeber, sowie der Arbeitnehmer, erfolgte, nachdem sich herausgestellt hatte, daß man trotz der lebhaftesten Auseinandersetzung von morgens bis abends keine wesentlichen Veränderungen erreichen konnte. Haben wir auch keine der beantragten Verbesserungen durchdrücken können, so ist es uns doch gelungen, die mit aller Hartnäckigkeit verfolgten Verschlechterungen von Arbeitgeberseite erfolgreich abzuwehren. Der bisherige Reichsmanteltarif für die Beschäftigten in der Ledertreibriemen-Industrie läuft also ein Jahr weiter. f. g.

Aus unseren Berufstreifen.

Hallenfer Postler, Landjäger und Streikrecht. Die Streikpostenverfolgung, wie sie vor der Revolution im Schwung war, hörte nach dieser etwas auf. Mit dem Wiedererfassen der Reaktion scheinen auch die alten Praktiken der Streikpostenhege wieder aufzuleben. Bei Ludwig Kathe u. Sohn in Niemitz wurden die Sattler durch rigorose Akkordabzüge zum Streik genötigt. Um nun etwaige Arbeitswillige aufzufahren, wurden in der Nähe des Betriebes zwei Kollegen postiert. Diese tun niemand etwas zuleide und behindern auch den Verkehr auf der Straße nicht, denn die Gegend ist fast menschenleer. Herrn Kathe waren sie natürlich im Wege und er rief nach Polizei. Eilig schickte diese mehrere Beamte, die nun ständig die Streikposten betreuen. Ein Kollege suchte eine Frau aufzuklären, worauf seine Personalkarte festgestellt wurde. Ein Oberwachmeister von den Landjägern schickte sich besonders aus und verbietet direkt den Aufenthalt auf der menschenleeren Straße. Das ist doch wohl ein Uebererschreiten der Befugnisse seitens der Polizeiorgane.

Die Streikenden stehen trotz alledem fest zusammen und die Firma Kathe kann mit der Streikverhinderung keine Ehre einlegen. Sie würde besser fahren, wenn sie ihren eigenständigen Standpunkt aufstellt. Von 37 Ausgesperrten sind nur noch 10 vorhanden, die andern sind abgereist. Wenn Herr Kathe gute Arbeiter braucht, muß er sich daher bald bestimmen und Frieden schließen.

Architekten und Handwerk. Ueber diese Frage verbreitet sich wieder einmal die „Allgemeine Tapeziererzeitung“. Es ist ein nie endendes Klage Lied, daß es dem Handwerk schlecht gehe. Kein Argument, was

nicht schon angeführt wurde, um dies zu begründen. Vor Jahren waren es die Sozialdemokraten, die Genossenschaften und Warenhäuser, jetzt sind es zur Abwechslung wieder mal die Architekten, die schuld daran sind, daß das Handwerk nicht mehr floriert wie in früheren Zeiten. Man sollte doch nicht übersehen, daß sich in den letzten 50 Jahren die Verhältnisse, in welchen wir leben, gewaltig verändert haben. Was war denn das Handwerk in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts? Wie sah es aus in unserem Tapeziererberuf speziell? Die große Masse der Handwerksmeister stand wohl noch viel elender da als heutzutage. Auch damals wurden die besseren Arbeiten von wenigen besonders tüchtigen Meistern ausgeführt, die wiederum mit den ersten Geschäften der Möbelstoff-, Gardinen- und Teppichbranche zusammenarbeiteten. Der Meister von damals empfing die meisten Aufträge von diesen ersten Geschäften und später machten diese Firmen diese Arbeiten ganz auf eigene Rechnung, indem sie Tischler-, Bildhauer- und Tapeziererwerkstätten einrichteten.

Mit der industriellen Entwicklung stieg natürlich auch die Zahl des kaufkräftigen Publikums, das Wert darauf setzte, sich stilvoll und kunstvollständig die Wohnung einzurichten. Der gebildete Mensch macht da natürlich Ansprüche, die der einfache Handwerker nicht ohne weiteres befriedigen kann, es ist dem, daß er sich außer seinem praktischen Können auch theoretisch und zeichnerisch gebildet hat. Diese Ausbildung ist aber erst unter dem Zwange der Verhältnisse von Handwerkerseite in Angriff genommen worden, als schon längst in Kunst- und Gewerbeschulen, auf technischen Hochschulen usw. der neue Beruf der Innenarchitektur in Schwung gekommen war. Natürlich machten diese jungen Leute auf Grund ihrer guten Verbindung mit zahlungsfähigen Kreisen den alten schmerzlichen Handwerkern empfindliche Konkurrenz. Die praktischen Arbeiten kamen aber doch immer wieder dem Handwerker zu, denn viele tüchtige Meister wurden von diesen Architekten in Nahrung gesetzt. So mancher Handwerker war froh, wenn er solche hübschen Aufträge erhalten konnte und ist es auch heute noch. Schließlich können wir doch die moderne Zeit nicht mit mittelalterlichen Zeiten in Parallele stellen, wie es vielfach in Handwerkerkreisen geschieht?

Die großen Möbelausstattungs geschäfte der heutigen Zeit können keine mittelalterlichen Gepflogenheiten brauchen. Wenn die Handwerksmeister nicht mehr beachtet werden, dann müssen die Ursachen gefunden werden, warum das so ist. Am Schluß des Artikels kommt der Verfasser denn auch selbst darauf, indem er sagt: „Es ist geradezu eine Lebensfrage für unser Handwerk, daß die Ausbildung der Berufsgenossen soweit gefördert wird, daß sie die Raumkunst in allen ihren Ueberlegungen beherrschen.“

Also warum dann erst das Gestöhne über die Architekten? Wenn der Tapezierer die Kunsthaft so sachmännlich und geschmacklich zurecht beraten könnte wie der gelehrte Kunstarchitekt, würde mancher Auftraggeber darauf verzichten, sich von solchen beraten zu lassen. Schließlich weiß er doch auch, daß der Architekt gut verdienen will und daß seine Beratung und Hilfe bei einer Willen- oder Wohnungs-einrichtung ihm schweres Geld kostet. Wenn der Handwerksmeister so geschult wäre wie es verlangt wird, dann bliebe ja nicht allzuviel Unterchied mit den Leistungen des Architekten.

Jedenfalls erscheinen wir aus dieser Darstellung, daß die Handwertertreife sich auch heute noch nicht klar darüber sind, daß die Entwicklung nicht halt macht handwerklicher Rückständigkeit zuliebe.

Kunst und Handwerk müssen schon zusammenarbeiten, wenn etwas Tüchtiges zustandegebracht werden soll.

In einem anderen Artikel wendet sich Friedrich Wagner-Münberg gegen die Presse der Großindustrie, in deren Spalten die Behauptung aufgestellt wurde, das Handwerk fordere viel zu hohe Preise. Und als Folge dieser zu hohen Preisaufkulation habe das Handwerk der Arbeiterschaft zu hohe Löhne bewilligt. Da schlage einer doch lang hin.

Es ist doch nicht allzulange her, da wimmelte es in der Handwerkerpresse von Artikeln, in welchen bitter darüber Klage geführt wurde, daß die wenigsten Handwerker befähigt wären, einen Auftrag richtig zu berechnen. Meistens vorrechneten sie sich zu ihrem Nachteil und kämen deshalb auch auf keinen grünen Zweig.

Wer jemals mit Handwerksmeistern Vahnerhandlungen geführt hat, dem dürfte bekannt sein, daß diese mit geringen Ausnahmen äußerst schwerfällig sind, wenn sie Lohn erhöhungen bewilligen sollen. In dieser Hinsicht sind Kaufleute und Industrielle denn doch weislicher und großzügiger.

Diese begreifen schon eher die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die bestehen zwischen Lohnhöhe und Kaufkraft. Wenn das arbeitende Volk kaum so viel verdient, um Wohnung und Nahrung zu bestreiten, wie es heutzutage doch bei breiten Volksschichten der Fall ist, dann kann es selbstverständlich erst recht keine Aufwendungen für andere Dinge machen, die darauf warten, gekauft zu werden.

Wenn die Masse des Volkes nichts kaufen kann, muß doch auch der Warenabsatz sinken. Diese Binsenwahrheit wird aber von der gesamten Unternehmerpresse, vom Handwerk bis zur Großindustrie konsequent verschwiegen. Wärrich, wenn das Handwerk führend in der Bildung einer auskömmlichen Lohnhöhe für die Arbeiterschaft sein würde, dann würde es sich selbst den besten Dienst erweisen.

Gegen das Messenwesen. Die Messenwelt, auf welche wir schon gelegentlich hingewiesen haben, hat sowohl dem Reichswirtschaftsminister wie dem preussischen Minister für Handel und Gewerbe und auch dem sächsischen Wirtschaftsminister zu Erlaßen Veranlassung gegeben. Es wird darin unterstellt, daß Beamte der Kreis- und Amtshauptmannschaften in die Ehrenauschüsse eintreten oder gar das Ehrenpräsidium übernehmen. Hierzu sei die Genehmigung des Ministers erforderlich. Viele Geschäftsleute scheinen sich beschwert zu haben, weil sie fast zur Weichung solcher Messerveranstaltungen gezwungen wurden, obwohl sie keinen Nutzen, sondern eher Verluste davon hatten. Man darf gespannt sein, ob die Herren Messedirektoren dadurch etwas abgetüht werden.

Eine Neuorganisation im Handwerk.

Das „Berliner Tageblatt“ vom 26. September meldet, daß im Reichswirtschaftsministerium die Stelle eines Reichskommissars für das Handwerk geschaffen wurde und daß diese Stelle mit dem Ministerialrat Dr. Hoppe besetzt worden ist. Ueber die Aufgaben dieser Stelle wird dann weiter gesagt, daß eine der ersten die Schaffung einer Reichshandwerksordnung sein wird. Was das Handwerk von der Regierung fordert, ist seit langem bekannt, es sind besondere Schutzmaßnahmen, die man wohl als Privilegien ansprechen kann. Inwiefern dem Rechnung getragen wird, ist bisher nicht bekannt geworden. Jedenfalls fordern die Handwerker allgemeinen Innungszwang und das „Berliner Tageblatt“ glaubt schon sagen zu können, daß man dem stattgeben wird, indem man an Stelle der jetzt bestehenden freien und Zwangsinnungen einheitliche „Pflichtinnungen“ bildet. Dazu wird sogar noch von der Möglichkeit gesprochen, daß die Pflichtinnungen zu Landesfachverbänden und zu einem Reichsfachverband obligatorisch vereinigt werden könnten.

Es wird allerdings zugegeben, daß die bisherige Gesellenvertretung in den bestehenden Innungen so gut wie gar keine Vertretung der Gesellen war und ein Joch auf das bestehende Arbeitsrecht ist. Denn zu melden hatten die Gesellenausschüsse gar nichts, sie wurden gelegentlich einmal zugezogen, man hörte sie wohl auch mal an, ein Mitbestimmungsrecht hatten sie jedoch nicht. Auch das „B. T.“ ist der Meinung, daß mit solchen Vorrechten der Meister gebrochen werden muß und daß künftig Gemeinschaftsausschüsse gebildet werden müssen, in welchen beide Gruppen paritätisch vertreten sind. Natürlich müsse das Arbeitsfeld dieser Gemeinschaftsausschüsse auf bestimmte Gebiete beschränkt werden, Lohnfragen müßten ausbleiben!

Man darf wirklich gespannt sein, was bei den vorhandenen Gegensätzen in unserer Wirtschaft dabei Ge-schehendes herauskommen wird. Schon die Abgrenzung zwischen Handwerk und Industrie ist bekanntlich ein Problem, das wohl kaum jemals befriedigend gelöst werden kann. Woran das Handwerk krankt, das ist die allgemeine Ueberfüllung mit Kleinmeistern einerseits und der Mangel an Abnahmefähigkeit ihrer Erzeugnisse andererseits. Unser Volk krankt eben ganz allgemein an Geldmangel, es hat zu wenig Kaufkraft. Selbst wenn man den Handwerkern die besten Kreditmöglichkeiten schafft, wird man ihnen nicht dauernd helfen können, wenn nicht gleichzeitig Vorzüge getroffen wird, daß sie Absatz für ihre Erzeugnisse finden. Wer unsere Wirtschaftsordnung nur ein wenig nüchtern betrachtet, wird sich kaum der Illusion hingeben, daß in absehbarer Zeit diese Voraussetzungen erfüllt werden können.

Die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung kann den Handwerkern niemals gewähren, wonach sie sich lehnen, nach einer auskömmlichen Existenz, genau wie die Lohnarbeiter. Was man auch unternimmt, über ein Herumbottern an den Symptomen, an welchen die Handwerker krankt, gelangen wir nicht hinaus. Leider wird das aber in keiner Weise erkannt und so müssen denn die Dinge ihren Lauf nehmen. Wir müssen natürlich auf dem Posten sein und unsere Interessen energisch wahrnehmen bei allem, was auch immer bei einer Neuorganisation des Handwerks unternommen wird.

Die Lage in der Automobilindustrie.

Augenblicklich scheint in der Automobilindustrie ein Zustand der Stagnation vorherrschend zu sein. Man hört von Betriebsstörungen und fürchtet, daß in absehbarer Zeit wieder Hoffnung besteht auf eine Besserung der Geschäftslage.

Natürlich ist die Aufhebung der Einfuhrkontingente und das Infraktieren der höheren Zölle am

1. Oktober nicht ganz so wirkungsvoll, wie man erwartet hat. Man fürchtet sogar, daß viele ausländische Fabrikanten trotz alledem imstande sein werden, in ihrer Preisstellung und durch günstige Zahlungsbedingungen mit den deutschen Fabrikanten erfolgreich zu konkurrieren.

Da wird das alte Problem der Preisfestung und der Verminderung der Produktionskosten erneut aufgeworfen, ohne daß man aber anscheinend den wahren Ursachen energisch nachgeht. Es ist schon sehr viel Papier über dies Problem vollgeschrieben worden, ohne daß es doch ein Fabrikant verstanden hätte, seinen Betrieb konkurrenzfähig zu gestalten.

Die wahren Ursachen scheinen darin zu liegen, daß die Automobilfabrikation von viel zu viel Teilsfabrikanten abhängig ist. Stahlwerke, Eisengießereien, Stanzenereien, Motorfabriken und Fabriken einer Menge anderer Zubehörtteile werden an dem Erzeugnis zehren. Alles das stellen die Fordischen Fabriken in Amerika selbst her, da dürfte der Schlüssel liegen, warum der deutsche Fabrikant nicht mit kann. Die andere Ursache liegt in der mangelnden Abhängigkeit für größere Mengen von Automobilen. Deutschland ist nicht Amerika. In Deutschland fehlt das kaufkräftige Publikum, das in Amerika vorhanden ist.

Jetzt scheint man auf den Gedanken gekommen zu sein, mehrere Automobilfabriken, die heute verschiedene Wagentypen bauen, zu einer Interessengemeinschaft zusammenzubringen. Diese wollen dann die Materialbeschaffung konzentrieren, um die Preise herabzurücken.

Das scheinen doch nur Ideen zu sein, die aus der Wertlosigkeit nicht herauszuführen, in der man sich befindet. Uns will scheinen, als ob sich da erst noch die Voraussetzungen einstellen müssen, die zurzeit noch fehlen. Ist erst größere Nachfrage nach Kraftwagen vorhanden, dann finden sich sehr bald die Kräfte, die es verstehen werden, sie zu befriedigen. Solange sich freilich die Führer der privatkapitalistischen Wirtschaft in Deutschland auf den englischen Standpunkt stellen, das Heil der Zukunft liege in der Verlängerung der Arbeitszeit und im Abbau der schon viel zu niedrigen Löhne, solange ist an einen Aufschwung nicht zu denken.

Man kann doch nicht ernstlich daran denken, daß ein Volk, dessen größter Teil ein unzulängliches Einkommen erhält, in absehbarer Zeit als Automobilkonsument in größerem Umfange in Betracht kommt.

Ford fand sein Absatzgebiet zunächst in Amerika selbst, als der Markt dort gesättigt war, suchte er neue Absatzgebiete und schaute nicht zurück, das Absatzsystem zu Hilfe zu nehmen, um den Absatz zu steigern. Wo sind denn in Deutschland die Voraussetzungen gegeben, um die Automobilherstellung auf breiter Grundlage zu organisieren? Daß die Verhältnisse dafür reif werden, das müßten doch in erster Linie die Kreise zu fördern suchen, die ständig über die Verhältnisse schimpfen.

Ein verfassungswidriges und undurchführbares Schulgesetz.

Die jetzigen Regierungsmänner haben in allem was sie unternehmen eine unglückliche Hand. Wie auf dem Gebiete der Außenpolitik ein Mißgriff dem anderen folgte, so auch in der Innenpolitik. Gleichzeitig mit der Haltung des Reichsarbeitsministeriums und der des Wirtschaftsministeriums zugunsten der Unternehmer und Industriellen wurde auch auf dem Gebiete des Kultus derselbe Geist bemerkbar.

Schon längst wäre es Zeit, daß das gesamte Unterrichtswesen auf eine moderne Grundlage gestellt wird, wie es den Zeitverhältnissen entspricht. Nachdem die sozialdemokratischen Einflüsse beseitigt waren, setzte jedoch die Reaktion erneut ein, um die geschaffenen Ansätze wieder auszurotten. Diese Tätigkeit soll nun getrübt werden durch ein neues Schulgesetz.

In Leipzig hat nun dieser Tage eine Konferenz stattgefunden, auf welcher Vertreter der Länder zu diesem Schulgesetz Stellung genommen haben. Was an diesem Schulgesetzentwurf daran sein muß, das beweist wohl klar und deutlich die Einschließung, welche dort angenommen wurde. Diese lautet:

„Die Vertreter der folgenden Unterrichtsverwaltungen lehnen aus kulturellen, pädagogischen, schulpflichtigen und innerpolitischen Gründen den vorliegenden Gesetzentwurf als unannehmbar ab, zumal, da er nach ihrer Ansicht nicht nur dem Geist, sondern auch dem Wortlaut der Reichsverfassung in wesentlichen Punkten widerspricht. Außerdem halten sie ihn mit Rücksicht auf die dadurch entstehende finanzielle Belastung des Reiches und der Länder in absehbarer Zeit für undurchführbar. Sie richten daher an das Reichsministerium des Innern die dringende Bitte, einen neuen Entwurf nach den von den Vertretern der preussischen Unterrichtsverwaltung aufgestellten Richtlinien auszuarbeiten, und sind erst in der Lage, zu einem so ausgearbeiteten Gesetz endgültig Stellung zu nehmen.“

Preußen, Oldenburg, Sachsen, Anhalt, Württemberg, Braunschweig, Baden, Thüringen, Hessen, Mecklenburg-Strelitz, Hamburg, Bremen, Lübeck und Schaumburg-Lippe.“

Zu den angeführten Ländern fehlt nur Bayern und Mecklenburg-Schwerin, sonst wird der Regierung von allen Länderregierungen hierdurch erklärt, daß ihr Schulgesetzentwurf unannehmbar ist, weil er verfassungswidrig und auch finanziell undurchführbar ist.

Gleichzeitig wird aber auch betannt, daß Interessenten mit den Unterrichtsbehörden in Verhandlungen stehen sollen, zwecks Gründung privater pädagogischer Akademien durch konfessionelle Verbände.

Das Unterrichtsministerium hat diese Nachrichten zwar demontiert. Das „Berliner Tageblatt“ erklärt jedoch, daß es von den von ihm gebrachten diesbezüglichen Mitteilungen nichts zurückzunehmen habe.

Man ersieht aus all diesen Vorgängen, mit welchem Eifer und mit welcher Eile, aber auch mit welchem Mißgeschick die Deutschnationalen, seitdem sie in der Regierung sitzen, auf allen Gebieten Politik zu machen wissen.

Auf solche Führung kann sich das deutsche Volk schon etwas einbilden. Das sind die Früchte der letzten Wahlen. Wird das deutsche Volk diese solchen Führer um seine Stimme an diesen ihren Früchten aber endlich erkennen? Die Aussichten hierzu sind nur sehr gering. Die Käiber wählen noch immer die Wegger selber, geschick werden sie niemals. Nur Aufklärung wird hier Breche schlagen können.

Auch die christlichen Gewerkschaften.

Auch die christlichen Gewerkschaften sind für Mitwirkung ihrer Vertreter an der Leitung der Betriebe und der Wirtschaft.

In Luzern fand ein internationaler Kongreß der christlichen Gewerkschaften statt. Es waren vertreten Deutschland, Belgien, Frankreich, Holland, Luxemburg, Italien, Schweiz, Ungarn, Oesterreich und die Tschechoslowakei durch 108 Delegierte. Der Kongreß verlangt eine Vertretung in der Arbeitsorganisation des Völkerbundes und im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes. Eine angemessene Vertretung in den Kommissionen und in der Beamtenschaft des Internationalen Arbeitsamtes. In einer Entschließung wird auch die sofortige Nationalisierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens gefordert. In einer weiteren Entschließung wird das Mitbestimmungsrecht an der Gestaltung des Lohnes, der Arbeitsbedingungen und an der Leitung der Betriebe und wirtschaftlichen Verwaltung gefordert. Man sieht, auch die christlichen folgen den Spuren der freien Gewerkschaften.

Unstimmigkeiten im Schweizerischen Bekleidungs- und Lederarbeiterverband.

Eine Anzahl Sektionen des genannten Verbandes hatten am 13. September eine Konferenz abgehalten, in welcher gegen die Verbandsleitung eine Anzahl Beschwerden erhoben wurde. Das Verbandsorgan wurde mißbraucht für die kommunistische Partei, speziell für die Rote Hilfe. Auch die Wiederanstellung des zum 30. September gefälligen Verbandssekretärs Zimmer wurde gefordert. Der Verbandsvorstand bestreitet die Berechtigung der erhobenen Vorwürfe und erklärt, gerecht gehandelt zu haben und ist überzeugt, daß man sich wieder zusammensindet. Unsere schweizerischen Freunde waren in den letzten Jahren allerdings sehr stark kommunistisch injiziert, es hat aber alles seine Zeit. Man scheint auch in der Schweiz erkannt zu haben, daß die Lösung der Komplikationen in Wirtschaft und Politik nach kommunistischen Rezepten Doktor-Eisenbart-Kuren waren, welche die Schmerzen des Proletariats nicht lindern, sondern nur erhöhen konnten.

Bücherchau.

Ein neues Fachlehrbuch. Unter dem Titel „Fachkunde für Leder verarbeitende Berufe“ erschien im Verlag von V. G. Teubner in Leipzig und Berlin soeben der erste Teil einer Abhandlung über Lederherstellung von der Rohhaut bis zum Fertigprodukt. Verfasser sind Gewerbeoberlehrer H. Neger und R. Albrecht. Das Buch soll vor allem für Gewerbe- und Berufsschulen den Unterrichtsstoff bieten, damit die Schüler sich auf allen Gebieten der Lederoffenheit gute Kenntnisse aneignen können. In den einzelnen Kapiteln wird der Lehrgang zweckmäßig behandelt.

Zunächst die tierische Haut, im Aufbau wie in ihren Bestandteilen, Konserverung, der Handel mit Häuten und Pelzen.

Die Geschichte der Gerberei; die Gerbstoffe: pflanzliche, tierische, mineralische; die Zurichtung der

Haut und ihre verschiedenartige Gerbung. Dann die Zurichtung des gegerbten Leders und des Belagerns und schließlich eine Uebersicht über die Lederherstellung selbst und ihre vielfache Verwendung durch die Gewerbe und die Industrie. Das Buch dürfte jedem, der mit Leder und Lederverarbeitung zu tun hat, hoch willkommen sein. Preis 1,40 Mk.

Im Verlag von V. G. Teubner, Leipzig, erschienen:

Jürgen Brand: „Gerb Wullenweber“ Gebunden 1,75 Mk.

Es ist das Schicksal eines jungen Arbeiters, der Verkorperung kämpfender Jugend, die den Weg voraus richtet, um hohe Ziele ringt. Was uns hier geschildert wird, kann die Begeisterung, ein Kämpfer zu werden für Freiheit und Aufstieg, neu beleben.

Korrespondenzen.

Speyer a. Rh. Speyer war bisher der Verwaltungssitz Mannheim angeschlossen. Am 27. September fand nun eine Verammlung statt, zwecks Gründung einer eigenen Verwaltungsgesellschaft. Als Referent war der Gauleiter Gschl erschienen, auch aus Mannheim war schon früh um 8 Uhr eine Anzahl Kollegen hier. Kollege Gschl sprach über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Zusammenarbeitens. Kollege Blüthle betonte ebenfalls wie notwendig die Zusammenarbeit im Verband sei. Nicht stilles Arbeitsleben und Wartens, sondern Zusammenstehen und Mithat im Ausbau der Verwaltungsgesellschaft kann unsere Behaltung verbessern helfen. Zimofed betonte die Wichtigkeit, daß wir uns um die jungen Kollegen kümmern, ebenso um die Lehrlinge, denen wir einen Einblick in die Zeitfragen und die Gewerkschaftsverhältnisse geben müssen. Die Verammlung, die von dem Speyerer Kollegen besser besucht sein könnte, wurde mit dem Wunsche geschlossen, die Verwaltungsgesellschaft möge blühen und gedeihen. Ein Mannheimer Kollege machte dann noch eine fotografische Aufnahme von den Teilnehmern als bleibendes Gedenden dieser Gründungsfestier. A r e n z

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsaufnahme an anderen Orten sich bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Fahrzeugindustrie.

Halle a. d. S. Die Absperrung bei Koll u. S. geht weiter.

Bremen. Streik bei der Firma Schwarz beendet.

Tapezierergewerbe.

Breslau. Der Lohnkampf beendet. Die Löhne wurden aufgebessert.

Chemnitz. Differenzen wegen Lohn, die Streik führen können.

Uebt Solidarität! Meidet die Oze

Die Flema hühjam Söhne, Schwelkur, teilt uns mit, daß in ihrem Betriebe keine Differenzen ausgebrochen sind.

Verbandsnachrichten.

(Bestandmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 5. bis 11. Oktober ist der Wochenbeitrag fällig.

Ohne Saat keine Ernte! Pünktliche Beitragszahlung ist die Voraussetzung einer erfolgreichen Lohnpolitik. Pünktliche Beitragszahlung führt unfehlbar zum Kampferfolg!

Achtung! Sendet die fällige Berichtkarte über die Arbeitslosigkeit sofort ein. Stichtag war der 26. September.

Berlin. Auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit kann der Kollege Herrmann Tauber zurückblicken. Er ist heute noch als Funktionär tätig.

Sterbefajel.

Berlin. Am 20. September starb im Alter von 82 Jahren unser Kollege, der Wagenfajter Max Taucustl.

Nürnberg. Gestorben sind die Mitglieder Carl Schranz, Sattler, 45 Jahre alt. Etliche Sommer, Porzellanfajter, 22 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken.